

Geschäftsverteilungsplan des Bundesverwaltungsgerichts für das Geschäftsjahr 1996

A. Geschäftsverteilung

I. Revisionsenate

a) Geschäftsverteilung

Es sind zugewiesen

dem 1. R-Senat

die Sachen aus den Gebieten

1. des Wirtschaftsverwaltungsrechts, soweit nicht einem anderen Senat zugewiesen,
2. des Rechts der freien Berufe und des Kammerrechts,
3. des Vereins- und Versammlungsrechts,
4. des Staatsangehörigkeitsrechts,
5. des Ausländerrechts, soweit nicht dem 9. R-Senat zugewiesen,
6. des Polizei- und Ordnungsrechts mit Ausnahme der mit den Rechtsgebieten anderer Senate zusammenhängenden ordnungsrechtlichen Streitigkeiten,
7. des Waffenrechts,
8. des Heimrechts, soweit nicht dem 4. R-Senat zugewiesen,
9. des Währungs- und Umstellungsrechts,
10. des Gesetzes zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung;

dem 2. R-Senat

die Sachen aus den Gebieten

1. des Rechts des öffentlichen Dienstes einschließlich des Dienstrechts der Soldaten sowie des Rechts der Wehrpflichtigen und der Zivildienstpflichtigen, soweit nicht dem 8. oder 10. R-Senat zugewiesen,
2. des Wiedergutmachungsrechts;

dem 3. R-Senat

die Sachen aus den Gebieten

1. des Lastenausgleichsrechts einschließlich der Schadenfeststellungen,
2. des Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsrechts mit Ausnahme des Rechts der Vertriebenen- und Flüchtlingenzuwendung (9. R-Senat Nr. 3),
3. des Besatzungsschadenrechts,
4. des Währungsausgleichs- und Altsparerrechts,
5. des Flüchtlingshilfegesetzes,
6. des Reparationsschädengesetzes,
7. des Allgemeinen Kriegsfolgenabkommens,
8. des Sachleistungsrechts,
9. des Gesundheitsverwaltungsrechts einschließlich des Rechts der Heil- und Heilhilfsberufe und des Krankenhausfinanzierungsrechts (einschließlich Festsetzung von Pflegesätzen und der Aufbringung von Finanzierungsmitteln) sowie des Seuchenrechts,
10. des Rechts der Land- und Forstwirtschaft einschließlich Förderungsmaßnahmen sowie des Tierzucht- und Tierseuchenrechts,
11. des Tierschutz- und Pflanzenschutzrechts, soweit nicht das Schwergewicht bei Materien liegt, die einem anderen Senat zugewiesen sind,
12. des Lebensmittelrechts und des Rechts der Ernährungswirtschaft,
13. des Jagd- und Fischereirechts,
14. des Rechts des Außenhandels und des Interzonenhandels,
15. des Rechts der Förderungsmaßnahmen zugunsten der gewerblichen Wirtschaft (mit Ausnahme der Sache BVerwG 11 C 5.95) sowie der Gasölbetriebsbeihilfe,
16. des Postrechts,
17. des Rechts zur Bereinigung von SED-Unrecht,
18. des Treuhandgesetzes, des Kommunalvermögensgesetzes und des Vermögenszuordnungsgesetzes, soweit die Sachen nach dem 31. Dezember 1994 eingegangen sind,
19. Sachen, die nicht einem anderen Senat zugewiesen sind;

dem 4. R-Senat

die Sachen aus den Gebieten

1. des Bau- und Bodenrechts einschließlich des Garagenrechts, ferner der Gewerbeordnung und der Heimmindestbauverordnung, soweit das Schwergewicht auf der Anwendung baurechtlicher Vorschriften liegt,
2. des Straßen- und Wegerechts mit Ausnahme von Streitigkeiten über nicht anliegerbezogene Sondernutzungen,
3. des Rechts der Anlegung und des Betriebes von Flugplätzen (§§ 6 ff. des Luftverkehrsgesetzes),
4. des Rechts der Landesbeschaffung für Aufgaben der Verteidigung,
5. des Kleingartenrechts,
6. des Naturschutzrechts einschließlich naturschutzrechtlicher Abgaben, des Landschaftsschutzrechts und des Denkmalschutzrechts,
7. des Wasser- und Deichrechts sowie des Rechts der Wasser- und Bodenverbände, soweit nicht der 8. R-Senat zuständig ist,
8. des Bergrechts,
9. des Ordnungsrechts, soweit es mit den vorstehenden Rechtsgebieten zusammenhängt;

dem 5. R-Senat

die Sachen aus den Gebieten

1. des Fürsorgerechts einschließlich des Asylbewerberleistungsrechts und der Tbc-Hilfe für den öffentlichen Dienst,
2. der Kriegsopferfürsorge,
3. des Schwerbehindertenrechts,
4. des Mutterschutzrechts,
5. des Jugendhilfe- und Jugendschutzrechts, ausgenommen das Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften (6. R-Senat Nr. 6),
6. der Ausbildungs-, Graduierten- und Berufsbildungsförderung;

dem 6. R-Senat

die Sachen aus den Gebieten

1. des Rechts der Kriegsdienstverweigerung,
2. des Personalvertretungsrechts und des Richtervertretungsrechts,
3. des Schul- und Hochschulrechts,
4. des Prüfungsrechts, abgesehen von Laufbahnprüfungen für Beamte, aber einschließlich der ersten und zweiten jur. Staatsprüfung,
5. des Namensrechts,
6. des Gesetzes über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften,
7. des Rundfunkrechts einschließlich des Rechts der Rundfunkanstalten, des Filmrechts einschließlich des Filmförderungsrechts und des Presserechts;

dem 7. R-Senat

die Sachen aus den Gebieten

1. des Rechts der Anlegung von Schienenwegen, soweit sie vor dem 1. Januar 1995 eingegangen sind,
2. des Umweltschutzrechts, soweit nicht dem 3., 4. oder 11. R-Senat zugewiesen, insbesondere des Abfallrechts, des Chemikalienrechts, des Gentechnikrechts und des Immissionsschutzrechts,
3. des Wahlrechts und des Rechts der politischen Parteien,
4. des Rechts zur Regelung von Vermögensfragen (einschließlich der Rückenteignungssachen aus dem Beitrittsgebiet, die an einen vor dem Beitritt erfolgten Eigentumsverlust anknüpfen), insbesondere nach dem Vermögensgesetz und der Anmeldeverordnung, dem Investitions- und Investitionsvorangesetz, dem Treuhandgesetz (bis zum 31. Dezember 1994 eingegangene Sachen), dem Kommunalvermögensgesetz (bis zum 31. Dezember 1994 eingegangene Sachen) und dem Vermögenszuordnungsgesetz (bis zum 31. Dezember 1994 eingegangene Sachen),
5. des Staatskirchenrechts,

6. des Ordnungsrechts, soweit es mit den vorstehenden Rechtsgebieten zusammenhängt,
7. die Sache BVerwG 7 NB 2.95 (s. 8. R-Senat Nr. 5);

dem 8. R-Senat

die Sachen aus den Gebieten

1. des Wehrpflichtrechts und des Zivildienstrechts, soweit es um die Heranziehung zum und die Entlassung aus dem Dienstverhältnis geht, einschließlich des Rechts der Unterhaltssicherung und des Arbeitsplatzschutzes,
2. des Rechts der Förderung des Wohnungsbaues, des sonstigen Wohnungsrechts einschließlich des Wohngeldrechts sowie des Mietpreisrechts,
3. des Erschließungs-, des Erschließungsbeitrags-, des Baugebühren-, des Baufolgeabgabenrechts sowie des Rechts der Abwasserabgaben nach dem Abwasserabgabengesetz und nach wasserverbandsrechtlichen Vorschriften,
4. des sonstigen Abgabenrechts, soweit nicht ein Sachzusammenhang mit einem Rechtsgebiet besteht, das einem anderen Senat zugewiesen ist,
5. des Kommunalrechts (mit Ausnahme der Sache BVerwG 7 NB 2.95), soweit nicht das Schwergewicht bei Materien liegt, die einem anderen Senat zugewiesen sind;

dem 9. R-Senat

die Sachen aus den Gebieten

1. des Asyl- und des Asylverfahrensrechts einschließlich der abschiebungsrechtlichen Entscheidungen des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge,
2. des Heimkehrer- und Kriegsgefangenenentschädigungsrechts,
3. des Rechts der Vertriebenen einschließlich des Rechts der Vertriebenen zuwendung, der Sowjetzonenflüchtlinge und der politischen Häftlinge, soweit nicht dem 3. R-Senat zugewiesen;

dem 10. R-Senat

die Sachen aus den Gebieten

des Reisekosten-, Umzugskosten- und Trennungsgeldrechts;

dem 11. R-Senat

die Sachen aus den Gebieten

1. des Rechts der Verkehrswirtschaft und des Verkehrsrechts sowie die Streitigkeiten über nichtanliegerbezogene Straßen-Sondernutzungen,
2. des Flurbereinigungsrechts und des Rechts des ländlichen Grundstücksverkehrs,
3. des Atomrechts,
4. des Rechts der Anlegung von Schienenwegen mit Ausnahme der vor dem 1. Januar 1995 eingegangenen Sachen,
5. des Rechts des Baues von Wasserstraßen,
6. die bereits terminierte Sache BVerwG 11 C 5.95 (s. 3. R-Senat Nr. 15).

b) Schlußbestimmungen

1. Gelangt eine Revisionssache erneut an das Bundesverwaltungsgericht, so entscheidet der jetzt sachlich zuständige Senat. Das gilt auch für Beschwerden und Wiederaufnahmeverfahren.
2. Für Streitsachen aus den Gebieten des Prozeß- und Vollstreckungsrechts ist der Senat zuständig, der nach dem Geschäftsverteilungsplan für die Entscheidung über das zugrundeliegende sachliche Rechtsgebiet zuständig ist.
3. Für die im Gesetz über das Bundesverfassungsgericht vorgesehene Äußerung ist der Senat zuständig, der nach der Geschäftsverteilung im Fall einer Revisionseinlegung zur Entscheidung über die Sache zuständig wäre.
4. Kommen für den in der Revisionsinstanz noch streitigen Teil eines Rechtsstreites entscheidend auch Fragen aus einem Rechtsgebiet in Betracht, für das nicht der Senat, bei dem die Sache anhängig ist und vor den sie nach dem Geschäftsverteilungsplan gehört, sondern ein anderer Senat zuständig ist, so kann, wenn dies aus besonderen Gründen zweckmäßig erscheint, die Sache an diesen Senat mit dessen Zustimmung abgegeben werden.

II. Disziplinarsenate

Es sind zugewiesen

dem 1. D-Senat

alle Beamtendisziplinarsachen mit Ausnahme der Wiederaufnahmeverfahren insoweit, als er in den früheren Verfahren eine Entscheidung — gleich welcher Art — getroffen hat,

dem 2. D-Senat

die Wiederaufnahmesachen insoweit, als der 1. D-Senat in den früheren Verfahren eine Entscheidung — gleich welcher Art — getroffen hat.

III. Wehrdienstsenate

1. Es sind zugewiesen

dem 1. WD-Senat

die Verfahren nach der Wehrbeschwerdeordnung,

dem 2. WD-Senat

die Verfahren nach der Wehrdisziplinarordnung.

2. In Wiederaufnahmeverfahren entscheidet
der 1. WD-Senat, wenn der 2. WD-Senat,
der 2. WD-Senat, wenn der 1. WD-Senat
in dem früheren Verfahren eine Entscheidung — gleich welcher Art — getroffen hat. Entscheidungen aus der Zeit vor Errichtung des 2. WD-Senats gelten als Entscheidungen des 1. WD-Senats.

IV. Großer Senat

(nachrichtlich)

Die Zuständigkeit des Großen Senats ergibt sich aus § 11 VwGO.

B. Besetzung

I. Revisionsenate

1. R-Senat

Vorsitzender Richter	Meyer
Richter (stellv. Vorsitzender)	Gielen (zugleich mit Verwaltungsaufgaben betraut)
Richter	Dr. Kemper
Richter	Dr. Mallmann
Richter	Dr. Hahn
Richter	Groepper

2. R-Senat

Vizepräsidentin	Dr. Franke
Richter (stellv. Vorsitzender)	Dr. Lemhöfer (zugleich 2. D-Senat)
Richter	Dr. O. Müller
Richter	Dr. Bayer
Richter	Dr. Schmutzler

3. R-Senat

Vorsitzender Richter	Dr. Dickersbach
Richter (stellv. Vorsitzender)	Sommer
Richter	van Schewick
Richter	Dr. Pagenkopf
Richter	Dr. Borgs-Maciejewski
Richter	Kimmel

4. R-Senat

Vorsitzender Richter	Dr. Gaentzsch
Richter (stellv. Vorsitzender)	Prof. Dr. Dr. Berkemann
Richter	Hien
Richter	Dr. Lemmel
Richterin	Heeren
Richter	Halama

5. R-Senat

Vorsitzender Richter	N. N.
Richter (stellv. Vorsitzender)	Dr. Pietzner
Richter	Schmidt
Richter	Dr. Rothkegel
Richter	Dr. Rojahn
Richter	Dr. Franke

6. R-Senat

Vorsitzender Richter	Dr. Niehues (zugleich 2. D-Senat)
Richter (stellv. Vorsitzender)	Dr. Seibert (zugleich 2. D-Senat)
Richter	Albers
Richter	Dr. Vogelgesang
Richterin	Eckertz-Höfer

7. R-Senat

Präsident	Dr. Franßen
Richter (stellv. Vorsitzender)	Dr. Paetow
Richter	Dr. Bardenhewer
Richter	Kley
Richter	Herbert
Richter	Dr. Brunn

8. R-Senat

Vorsitzender Richter	Dr. Kleinvogel
Richter (stellv. Vorsitzender)	Prof. Dr. Drießhaus
Richter	Dr. Silberkuhl
Richter	Dr. Honnacker
Richter	Sailer

9. R-Senat

Vorsitzender Richter	Seebass
Richter (stellv. Vorsitzender)	Dr. Säcker
Richter	Dr. Bender
Richter	Dawin
Richter	Dr. Henkel
Richter	Hund

10. R-Senat

Vorsitzender Richter	Bermel (zugleich 1. D-Senat)
Richter (stellv. Vorsitzender)	Gödel (zugleich 1. und 2. D-Senat und zeitweil. Mitglied der WD-Senate)
Richter	Czapski (zugleich 1. und 2. D-Senat und zeitweil. Mitglied der WD-Senate)

Richter
Richter

Mayer (zugleich 1. D-Senat)
Dr. H. Müller
(zugleich 1. D-Senat)

11. R-Senat

Vorsitzender Richter	Dr. Diefenbach
Richter (stellv. Vorsitzender)	Prof. Dr. Bonk
Richter	Dr. Storost
Richter	Dr. Kugele
Richter	Kipp
Richter	Vallendar

II. Disziplinarsenate

1. Richter

1. D-Senat

Vorsitzender Richter	Bermel (zugleich 10. R-Senat)
Richter (stellv. Vorsitzender)	Gödel (zugleich 10. R-Senat, 2. D-Senat und zeitweil. Mitglied der WD-Senate)
Richter	Czapski (zugleich 10. R-Senat, 2. D-Senat und zeitweil. Mitglied der WD-Senate)
Richter	Mayer (zugleich 10. R-Senat)
Richter	Dr. H. Müller (zugleich 10. R-Senat)

2. D-Senat

Vorsitzender Richter	Dr. Niehues (zugleich 6. R-Senat)
Richter (stellv. Vorsitzender)	Dr. Lemhöfer (zugleich 2. R-Senat)
Richter	Dr. Seibert (zugleich 6. R-Senat)
Richter	Gödel (zugleich 10. R-Senat, 1. D-Senat und zeitweil. Mitglied der WD-Senate)
Richter	Czapski (zugleich 10. R-Senat, 1. D-Senat und zeitweil. Mitglied der WD-Senate)

2. Ergänzungsrichter für den 1. D-Senat

Als Ergänzungsrichter werden die nicht am Verfahren beteiligten Richter des 1. D-Senats in der Reihenfolge des Dienstalters, beginnend mit dem Dienstjüngsten, hilfsweise die Richter des 2. D-Senats in der bezeichneten Reihenfolge herangezogen. Diese Regelung gilt auch, wenn im Laufe des Geschäftsjahres mehrmals ein Ergänzungsrichter benötigt wird.

3. Ehrenamtliche Richter

Die Beamtenbeisitzer der D-Senate werden von dem Vorsitzenden des 2. D-Senats und dem stellvertretenden Vorsitzenden des 1. D-Senats gemäß § 55 Abs. 3 BDO ausgelost. Sind diese Richter verhindert, die Auslosung vorzunehmen, regelt sich ihre Vertretung nach Abschn. C III Nr. 1 Buchstabe b) dieses Geschäftsverteilungsplanes sowie innerhalb des 1. und 2. D-Senats nach der vom Vorsitzenden gemäß § 21 g GVG getroffenen Regelung.

Die ausgelosten Beamtenbeisitzer werden für den 1. und 2. D-Senat in getrennten Jahreslisten zusammengefaßt. Die D-Senate ziehen die in den Listen aufgeführten Beamtenbeisitzer nach Maßgabe der §§ 49, 55 BDO heran.

III. Wehrdienstsenate

1. Richter

1. WD-Senat

Vorsitzender Richter	Seide
Richter (stellv. Vorsitzender)	Wolbring
Richter	Dr. Maiwald (zugleich 2. WD-Senat)
Richter	Dr. Bosch

2. WD-Senat

Vorsitzender Richter Roth
 Richter (stellv. Vorsitzender) Dr. Schwandt
 Richter Dr. Maiwald
 Richter (zugleich 1. WD-Senat) Dr. Widmaier

2. Ehrenamtliche Richter

Die ehrenamtlichen Richter der Wehrdienstsenate werden nach Maßgabe der §§ 73, 68 WDO berufen.

IV. Großer Senat

Mitglied kraft Amtes:

Der Präsident des Bundesverwaltungsgerichts als Vorsitzender

Vertreter:

Das dienstälteste Mitglied des Großen Senats

Bestellte Mitglieder gemäß § 11 Abs. 6 Satz 1 VwGO:

Senat	Mitglied	Vertreter
1. R	Richter Gielen	Richter Dr. Kemper
2. R	Vizepräsidentin Dr. Franke	Richter Dr. Lemhöfer
3. R	Richter Sommer	Richter van Schewick
4. R	Vorsitzender Richter Dr. Gaentzsch	Richter Prof. Dr. Dr. Berkemann
5. R	Richter Dr. Pietzner	Richter Schmidt
6. R	Vorsitzender Richter Dr. Niehues	Richter Dr. Seibert
7. R		Richter Dr. Paetow
8. R	Vorsitzender Richter Dr. Kleinvogel	Richter Prof. Dr. Driehaus
9. R	Richter Dr. Säcker	Richter Dr. Bender
10. R	Vorsitzender Richter Bermel	Richter Gödel
11. R	Richter Prof. Dr. Bonk	Richter Dr. Storost

Bestellte Mitglieder gemäß § 11 Abs. 6 Satz 2 VwGO:

1. D	Richter Gödel	Richter Czapski
2. D	Richter Dr. Seibert	Richter Dr. Lemhöfer
1. WD	Richter Wolbring	Richter Dr. Maiwald
2. WD	Vorsitzender Richter Roth	Richter Dr. Schwandt

V. Gemeinsamer Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes

1. Mitglieder kraft Amtes:

- a) der Präsident des Bundesverwaltungsgerichts,
- b) die Vorsitzenden der beteiligten Senate des Bundesverwaltungsgerichts.

Bei Verhinderung des Präsidenten tritt sein Vertreter im Großen Senat, bei Verhinderung des Vorsitzenden eines beteiligten Senats sein Vertreter im Vorsitz an seine Stelle.

2. Mitglieder durch Entsendung für das Geschäftsjahr 1996:

Senat	Mitglied	1. Vertreter	2. Vertreter
	Richter	Richter	Richter
1. R	Gielen	Dr. Kemper	Dr. Mallmann
2. R	Dr. Lemhöfer	Dr. O. Müller	Dr. Bayer
3. R	Sommer	van Schewick	Dr. Pagenkopf
4. R	Prof. Dr. Dr. Berkemann	Hien	Dr. Lemmel
5. R	Dr. Pietzner	Schmidt	Dr. Rothkegel
6. R	Dr. Seibert	Albers	Dr. Vogelgesang
7. R	Dr. Paetow	Dr. Bardenhewer	Kley
8. R	Prof. Dr. Driehaus	Dr. Silberkuhl	Dr. Honnacker
9. R	Dr. Säcker	Dr. Bender	Dawin
10. R	Gödel	Czapski	Mayer
11. R	Prof. Dr. Bonk	Dr. Storost	Dr. Kugele
1. D	Gödel	Czapski	Mayer
2. D	Dr. Lemhöfer	Dr. Seibert	Gödel
1. WD	Wolbring	Dr. Maiwald	Dr. Bosch
2. WD	Dr. Schwandt	Dr. Widmaier	
Großer Senat	VRi Bermel	VRi Dr. Niehues	Prof. Dr. Dr. Berkemann

C. Zugehörigkeit zu mehreren Senaten und Vertretung

I. Zugehörigkeit zu mehreren Senaten

Die Tätigkeit im Gemeinsamen Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes geht der Tätigkeit am Bundesverwaltungsgericht, die Tätigkeit im Großen Senat jeder sonstigen Tätigkeit vor.

II. Vertretung der Vorsitzenden

Bei Verhinderung aller Mitglieder eines Senats ist Vorsitzender der dienstälteste nach III. berufene Richter.

III. Vertretung der Beisitzer

1. Die beisitzenden Richter vertreten sich innerhalb der Senate gemäß der nach § 4 VwGO i. V. m. § 21 g GVG zu treffenden Anordnung.

Im übrigen vertreten, beginnend mit dem dienstjüngsten Beisitzer,

- a) bei den Revisionssenaten
 - aa) sich gegenseitig die Beisitzer des 1. und 9. Senats, die Beisitzer des 2. und 6. Senats, ausgenommen in Verfahren aus dem Recht der Kriegsdienstverweigerung, in denen die Beisitzer des 6. Senats durch diejenigen des 8. Senats vertreten werden, die Beisitzer des 7. und 11. Senats, die Beisitzer des 8. und 10. Senats,
 - bb) die Beisitzer des 3. Senats die des 4. Senats, die Beisitzer des 4. Senats die des 5. Senats, die Beisitzer des 5. Senats die des 3. Senats;
- b) bei den Disziplinarsenaten die Beisitzer des 1. und 2. Senats sich gegenseitig, bei deren Verhinderung die Beisitzer des 2. R-Senats;
- c) bei den Wehrdienstsenaten die Beisitzer des 1. und 2. Senats sich gegenseitig.

2. Die Vertretung der beisitzenden Richter von Senat zu Senat — bei den Disziplinar- und Wehrdienstsenaten jeweils längstens für eine Sitzungsperiode — beginnt am 1. Januar 1996 mit dem dienstjüngsten Beisitzer und setzt sich in der Reihenfolge des Dienalters fort. Ist der hiernach berufene Vertreter verhindert, so tritt der nächste an seine Stelle. Der Verhinderte hat die Vertretung beim nächsten Vertretungsfall nicht nachzuholen.

Soweit über Nr. 1 Buchst. a und b hinaus in den Revisions- und Disziplinarsenaten eine Vertretung erforderlich wird, werden alle Richter von allen beisitzenden Richtern der Revisions- und Disziplinarsenate, beginnend mit dem dienstjüngsten und fortlaufend in der Reihenfolge des Dienalters, vertreten.

3. Für den Fall der Verhinderung der Mitglieder der Wehrdienstsenate und ihrer regelmäßigen Vertreter (§ 73 Abs. 2 Satz 4 WDO) werden die Richter Gödel und Czapski zu zeitweiligen Mitgliedern der Wehrdienstsenate bestellt. Sie vertreten die verhinderten Mitglieder der Wehrdienstsenate in der angegebenen Reihenfolge nach der Folge der Verhinderungsfälle jeweils längstens für die Dauer einer Sitzungsperiode. Ist der hiernach berufene Vertreter verhindert, so tritt der nächste mit der Maßgabe an seine Stelle, daß der Verhinderte dessen nächsten Vertretungsfall übernimmt.
4. Wird eine Vertretung unter den Senaten erforderlich, so wird der Vertreter auf Anforderung des Vorsitzenden des eine Vertretung benötigenden Senats vom Vorsitzenden des vertretenen Senats nach Maßgabe des Geschäftsverteilungsplanes benannt.

Die Feststellung der richtigen Besetzung des aufnehmenden Senats bleibt durch diese Regelung unberührt.

IV. Vertretung im Großen Senat

Bei Verhinderung eines Mitglieds und seines bestellten Vertreters werden die Mitglieder des jeweiligen Senats nach der Reihenfolge ihres Dienalters zur Vertretung herangezogen.